

MARCELL VON DONAT

Der Kommunikationsstreß in den EG-Institutionen

Als ich mir bei der Vorbereitung dieses Vortrages überlegte, wie ich das Thema angehen sollte, kam mir der Gedanke, daß Sprache das Bewußtsein widerspiegelt und daß die eigene Sprache doch stets etwas sehr Individuelles preisgibt. Was ich über meine Sprache sage, sage ich über mich selbst. Wenn ich mein Sprachverhalten im Alltag zum Gegenstand eines Vortrages mache, komme ich nicht um eine Art Bekenntnis herum. Bekenntnisse sind erwiesenermaßen nicht unproblematisch. Weil das Verhältnis zu seiner Sprache jedem Menschen ein Urrätsel aufgibt, also irrational ist und sich dem Objektivierbaren verschließt, will ich mich ganz subjektiv bekennen – und es Ihnen überlassen, die Schlußfolgerungen zu ziehen.

Das Gelände, auf das wir uns jetzt begeben, ist vermint. Der Sprengstoff ist hochexplosiv. Seine Brisanz bezieht er aus dem irrationalen Unterbewußtsein. Sprache hat tiefe Bindungen. Mit einem Zitat will ich Sie mitten ins verminten Gelände führen:

„Die Chinesen und fast alle Asiaten singen, die Deutschen röcheln, die Spanier deklamieren, die Italiener seufzen, die Engländer zischen. Richtig besehen, s p r e c h e n nur die Franzosen.“

Also sprach der Jesuit Dominique Bouhours – vor 300 Jahren! Natürlich glaubt das jeder Franzose noch heute. Nur, es ist ihm verboten, so zu denken, was er allerdings für Heuchelei hält. Mir geht es genau so. Jedem geht es so. Jeder findet seine Muttersprache besonders wohlklingend, präzise und klar, die Wörter der eigenen Sprache sind so passend. Das steckt tief im Menschen drin. Wer daran rührt, d.h., wer bei den 12 Nationen der Europäischen Gemeinschaft die Sprachenfrage aufwirft, sollte wissen, welche Geister er ruft. Die EG ist eine rationale Erfindung, die einzige geschichtliche Kraft, die Konflikte zu beherrschen vermag. Sie ist eine Kopfgeburt und deshalb anfällig für irrationale Auseinandersetzungen.

Ich diene seit über 30 Jahren der Europäischen Gemeinschaft. Der mehrsprachige Beruf eines EG-Beamten hat in diesen 30 Jahren sehr viel von seiner Exklusivität eingebüßt. Noch in der Generation meines Vaters gab es bis auf die verschwindende Ausnahme des Berufs des Diplomaten kaum jemand, der mehrsprachig sein Brot verdiente. In der Generation meiner Kinder kommen die meisten naturwissenschaftlichen und wirtschaftlichen Berufe ohne Fremdsprachenkenntnisse nicht mehr

aus. Die Deutschen verdienen zu einem guten Drittel ihr Bruttosozialprodukt im Ausland. Wie jeder Unternehmer weiß, ist die beste Sprache die des Kunden. Mehrsprachig zu arbeiten, wird in vielen Berufen im Europäischen Binnenmarkt also zur Normalität gehören. Die Schulen werden sich darauf einstellen müssen. Das freie Niederlassungsrecht in der EG wird sicher dazu führen, daß meine Enkel Englisch von einem Engländer und französische Kinder Deutsch von einem Deutschen beigebracht bekommen. Ich habe noch Englisch mit schlesischem Akzent gelernt. Ehe wir überhaupt die Frage stellen, ob in der EG ausreichend Deutsch gesprochen wird, sollten wir uns fragen, was Bund und Länder eigentlich in den letzten 40 Jahren getan haben, damit andere Deutsch lernen konnten?

Die Welt wird kleiner. Die Menschen der mobilen postindustriellen Gesellschaft leben enger denn je zusammen. Für die Angehörigen der kleineren Staaten ist es längst Sache, mehr als nur eine Sprache sprechen zu können. Holländer, Dänen und Schweizer scheinen mehrsprachig auf die Welt zu kommen. Auch die Völker der großen Flächenstaaten werden ihnen nacheifern müssen, wenn sie nicht in provinzielle Selbstgenügsamkeit zurückfallen wollen.

Nach diesen Vorbemerkungen sollte ich mit meinem Bekenntnis beginnen. Ich stelle aber fest, daß ich in mir eine mehrschichtige Bewußtseinslage vorfinde, was die Dinge nicht vereinfacht, zumal sich zwischen meinen verschiedenen Bewußtseinsebenen Widersprüche ergeben. Die erste Bewußtseinsebene ist eng mit der Gefühlsseite verbunden, die letzte dagegen wird stark vom Verstand beeinflusst. Welche der drei Bewußtseinsebenen bestimmt mein Sein?

* * *

Ich fange unten im Bauch an, mit meiner gefühlsbetonten Bewußtseinsebene:

Ich bin ein Mensch, der sich freuen und ärgern kann. Hier spreche ich vom Ärgern:

Wieder ist das Sitzungsdokument nicht rechtzeitig auf Deutsch da!
Soll ich die Sitzung platzen lassen?

Ich kann die kurdischen Flüchtlinge aber nicht warten lassen, bis wir die Finanzierung der Hilfe auch auf Deutsch konzipiert haben.

Zeitdruck! Ärgernis! Zum Durcharbeiten des dicken Konvoluts auf Englisch zur Vorbereitung der Sitzung benötige ich mehr Zeit als mein britischer Kollege. Und das fünfmal am Tag. Ich fühle mich benachteiligt, weil ich in der Fremdsprache zeitaufwendiger arbeiten muß.

Außerdem: Das Vokabular aus dem Wörterbuch des Eurokraten verlangt zusätzliche Aufmerksamkeit: Subsidiarität, Kohäsion, Konvergenz, Konversion Ich stolpere über Chiffren, Codes, über Anglizismen oder Gallizismen. Bürokratismen und zahllose Abkürzungen mit wechselnder Buchstabenfolge in den verschiedenen Sprachen verüben ein Attentat auf mein Verständnis. Ich spüre die Auflehnung in mir: die Fremdsprache ist immer ein Herrschaftsmittel, weil sie mir ungewohnte Denkprozesse aufzwingt, aber schließlich bin ich ja freiwillig „nach Europa“ gegangen. Der erste deutsche Präsident der EG-Kommission, Walter Hallstein, schrieb 1974: „Daß die Europäer nicht eine Sprache sprechen, kann uns nicht stören. Die Schweiz liefert uns das klassische Beispiel dafür, daß sprachliche Vielfalt nicht begrenzt, sondern bereichert.“ Auch das Europäische Parlament lobt die Vielfalt der Sprachen als „unschätzbare Kulturerbe“. Alles ein Schmarren. Mich stört die Vielfalt gewaltig. Ich erlebe sie als ein Arbeitshindernis, als Quelle von Mißverständnissen, die Reibungsverluste erzeugen. Sprachenreichtum oder Effizienz? Das ist hier die Frage.

Die Freude an der Sprachenvielfalt stellt sich selten in den Dienststunden ein. Natürlich ist in Brüssel diese Nahtstelle der verschiedenen Sprachgewohnheiten und Konfliktkulturen faszinierend. Dazu die Anekdote eines jungen Franzosen, der nach dem Beitritt Großbritanniens über sein erstes Anbändeln mit einer Engländerin berichtet:

„Englisch ist eine unglaublich einfache Sprache. Wißt Ihr zum Beispiel, wie eine Engländerin sagt: Lassen Sie mich in Frieden – ich bin nicht so eine, wie Sie denken, ich bin ein ehrbares junges Mädchen, benehmen Sie sich darum bitte wie ein Herr! Sie sagt ganz schlicht und einfach 'No!'“. Mit der gleichen prägnanten Argumentation hat sich Maggie Thatcher jahrelang mit den anderen 11 Regierungschefs auseinandergesetzt – und fühlte sich immer verstanden.

Die Sitzung wird von einem Kollegen aus dem Präsidentenkabinett präsiert, also auf Französisch. Ich vertrete in der Sache eine Gegenposition und will überzeugen. Im Französischen bin ich weniger eloquent. Aber ich könnte Deutsch reden, denn die Dolmetscherkabinen sind besetzt.

Soll ich Deutsch oder Französisch reden?

Für Deutsch spricht: Die Dolmetscher werden meine Intervention korrekt übertragen, meine Zuhörer hören gutes Französisch und könnten genau verstehen, was ich sagen will. Ich habe es in der Hand, was ich sagen will.

Gegen Deutsch spricht: Der Großteil der Anwesenden sind zwar Nicht-Franzosen, aber alle bis auf einen können besser Französisch als Deutsch. Werden sie der Dolmetscherin zuhören? Die Kommunikation muß Widerstände in zwei Gehirnen überwinden. Atmosphärisches, wie Witze, bleibt vielleicht auf der Strecke. Das Wichtigste: ich bleibe in der Verteidigungsstellung, weil ich auf vertrautem Territorium verharre.

Für Französisch spricht: Intonation, Artikulation, Gestik und Körpersprache stimmen mit den ausgesprochenen Wörtern überein und ich werde den höchsten Wirkungsgrad erzielen. Mein guter Wille, zur besseren Kommunikation beizutragen, wird honoriert. Ich bin der Angreifer, weil ich mich auf fremdes Territorium begeben.

Gegen Französisch spricht: Ich muß auf Nuancierungen verzichten. Das Nichtgesagte, und das ist in der diplomatischen Kommunikation oft das Entscheidende, wird unter Umständen nicht erkennbar und führt zu Mißinterpretationen meiner Stellungnahme. Ich kann weniger signalisieren, sondern muß alles aussprechen, was nur verwirrt oder Konflikte aufreißt.

Im Grunde genommen habe ich zu entscheiden: Mein Ego – oder die Sache? Will ich wirken, spreche ich meine Sprache, will ich bewirken, dann die des anderen. Bin ich hier, um mich selbst zu verwirklichen? Natürlich, denn deswegen habe ich ja diesen Beruf erwählt! Oder bin ich hier, um den Kollegen auszurede, diese Tischvorlage in dieser Form heute anzunehmen? Letzteres ist ja auch nicht unwichtig – oder?

Da ich in einer Sitzung an einem gruppenspezifischen Prozeß teilnehme, dessen Beeinflussung ich vorher nicht genau kalkulieren kann, entscheide ich mich aus Vorsicht für das Bewirkenwollen – also für die Fremdsprache. Ich nehme dadurch Verluste in Kauf. Wenn ich mich dann nicht durchsetzen kann, werde ich später doppelt frustriert sein.

* * *

Meine zweite Bewußtseinsebene: Ich bin Deutscher durch Herkunft, Erziehung, Ausbildung und tägliche Zeitungslektüre. Auch 30 Jahre Auslandsaufenthalt ändern daran nichts mehr. Die deutsche Sprache ist Ausdruck meiner Identität. Diese fließt ein in meine tägliche Arbeit. Meine Vorstellungen von Werten, meine Art zu denken, meine historische Erfahrung bestimmen meine Stellungnahmen.

Ich bin ein Teilchen in einem großen Strom: 15% aller EG-Beamten sind Deutsche. Das Kontingent für die Deutschen in leitenden Positionen ist voll ausgeschöpft. In der EG-Kommission arbeiten 142 deutsche Beamte

in Führungspositionen. Bewußt und unbewußt versuchen wir die Politik und das Rechtssystem der EG am deutschen Modell zu orientieren.

In der EG sollen sich aber viele Völker zu Hause fühlen. Die Achtung der Identität vieler Völker ist dafür die Voraussetzung. Diese Achtung kommt in zwei Grundsätzen zum Ausdruck:

1. Durch die Beachtung der neun Amtssprachen. Das ist ungeheuer kostenaufwendig, doch diese finanzielle Last lohnt sich, weil sich Sprachkonflikte in der Geschichte als ein gefährlicher Sprengsatz für das Zusammenleben verschiedener Völker erwiesen haben. Der Sitz der Gemeinschaftsbehörden in Brüssel, wo Flamen und Wallonen sich gegenüberstehen, bietet reichlich Anschauungsmaterial.
2. Durch das neu eingeführte Verfassungsprinzip der Subsidiarität: Gesetze müssen zur Mentalität eines Volkes passen. Jedes Volk der Gemeinschaft will ein individuelles Höchstmaß an Freiheit und Wohlstand für sich beanspruchen. Das Gemeinwohl mit den Partikularinteressen in Einklang zu bringen, ist der Aufgabenbereich der Europäischen Gemeinschaft. Einerseits verlangt der Binnenmarkt ein einheitliches Recht. Andererseits möchten die Bürger in den Gesetzen und Vorschriften auch ihre nationalen Gewohnheiten berücksichtigt sehen, ihre regionalen Neigungen und Eigenarten. Die Sprache, in der eine Vorschrift ausgedrückt wird, entspricht ja dem Bürgersinn eines Volkes. Überspitzt bringt das die folgende Metapher zum Ausdruck: „In Deutschland ist alles, was nicht erlaubt ist, verboten. In Frankreich ist alles, was nicht verboten ist, erlaubt. In Belgien ist alles, was verboten ist, auch erlaubt.“ Für die Belgier war über Jahrhunderte hinweg die staatliche Macht immer eine Besatzungsmacht.

Sprache ist Ausdruck des Denkens. Wer klar denken kann, kann auch klar sprechen. Die Verwendung einer Fremdsprache entschuldigt nicht, daß ich mich unklar ausdrücke. Bei der gesetzgeberischen Arbeit muß ich auf Klarheit drängen. Die EG-Kommission entwirft die Gesetzestexte der Europäischen Gemeinschaft. Sprachlich ist sie also als erste dafür verantwortlich, daß Sprache und Inhalt stimmig sind. Kurz und klar muß das Gesetz formuliert werden, sollen wir dem hohen Anspruch Jacob Burckhardts genügen: „Die Wohltat der Gemeinschaft (Staat) besteht darin, daß sie der Hort des Rechts ist.“ Aber da kommt auch schon die Einschränkung:

Neben dem diplomatischen Aushandeln nach dem Motto „do ut des“ ist die Sprache ja auch das einzig zulässige Instrument zur Konfliktbegrenzung. Bei dem Kompromißbemühen im Ministerrat und im Parlament wird der Textvorschlag der Kommission zwangsläufig verwässert,

verlängert und vage. Der Konsens kann nur über Worte gefunden werden, meistens durch sehr viele Wörter, mit denen auf die Empfindlichkeiten einer oder mehrerer Regierungen Rücksicht genommen werden muß.

Beispiel: Wegen der vereinbarten Abschaffung der Grenzkontrollen am Ende dieses Jahres befürchtet die dänische Regierung, daß alle, die rechnen können, ab 1993 nach Flensburg einkaufen fahren, weil dort die Mehrwertsteuer um 7 Punkte niedriger ist als in Dänemark. Im Ministerrat im Dezember 1991 wehrte sich der dänische Finanzminister deshalb 5 Stunden lang gegen die Abschaffung der Freimengen, bis er aufgrund folgenden Beschlusses einlenken konnte:

”The Council and the Commission declared that among the checks referred to in article 1 §2 for the present regulation are the verifications necessary to the inforcement of the quantitative restrictions mentioned in article 24 of directive concerning the general regime of circulation of products subject to excise duties.”

Im Klartext soll das heißen: Wir Dänen behalten uns vor, alle Landsleute, die im Ausland eingekauft haben, auch weiterhin zu filzen, aber nicht mehr direkt an der Grenze, sondern irgendwo dahinter.

Wir sehen an diesem Beispiel: Um die Einigung zu erzielen, werden in Brüssel sprachliche Verrenkungen in Kauf genommen, die oft genug später durch ein Urteil des Gerichtshofs geklärt werden müssen.

In der Politik ist meistens auch das Gegenteil wahr, d.h., die Einigung wird nicht durch eine Vielzahl von Wörtern erzielt, sondern durch gar keine. Auch im sprachlichen Ausklammern sind die europäischen Diplomaten Meister ihres Fachs. Es wäre deshalb die Behauptung nicht falsch, die 10. Amtssprache der EG wäre das beredte Schweigen. Das sogenannte „F-word“ für *federal vocation* rettete nur durch sein pures Verschwinden die Einigung über den Maastrichter Vertrag über die Europäische Union, obwohl das Wort Union doch nur ein Synonym für das Wort Föderation ist. Die kurze Geschichte der EG ist randvoll mit Beispielen, wo ein Substanzkonflikt als Disput über die Bedeutung eines Wortes ausgetragen wurde.

Beispiel: 1985, bei der vorletzten Verfassungsdiskussion kämpfte der Kommissionspräsident darum, daß es im deutschen Text der Ecu heißt. Da Jacques Delors kein Deutsch spricht, war es für den Bundeskanzler ein Leichtes, die Regierungschefs mit einem Witz dazu zu bewegen, die ECU in die Einheitliche Akte hineinzuschreiben. Was verbarg sich hinter diesem semantischen Duell? Delors wollte schon 1985 die Verpflichtung zu einer einheitlichen Währung, nämlich dem Zahlungsmittel Ecu – also

der Ecu – festschreiben lassen. Kohl und Genscher waren dagegen nur bereit, die Nützlichkeit einer Verrechnungseinheit, die „European Currency Unit“ anzuerkennen. Damals unterlag Delors und Jahre später in Maastricht verlor er ein zweitesmal. Zwar wurde jetzt eine einheitliche Währung vereinbart, aber wie sie auf deutsch heißen soll, mußte offen gelassen werden. Wieder stand im Vertrag: die ECU.

Zweites Beispiel: 1991. In die neue ergänzende Verfassung zur Europäischen Gemeinschaft sollte im Artikel 1 das Ziel der Europäischen Union definiert werden: die föderale Ausrichtung. Die britische Regierung sah sich schon im Vorfeld der Verhandlungen außerstande, das Wort *federal* in der Diskussion zuzulassen. Warum?

Seit 300 Jahren ist dieses Wort im englischen Staatsrecht anders besetzt als im kontinentalen Denken. Der englische Philosoph Thomas Hobbes dachte, daß individuelle Freiheit und Rechte nur durch eine starke Regierung geschützt werden können. Die Föderalisten folgten Hobbes und vertrauten auf die Rechtsgarantie einer ausgeprägten Regierungsgewalt. Die Antiföderalisten dagegen berufen sich auf John Locke, der individuelle Freiheit und Recht gegen die Regierung verteidigte. Die amerikanische Rechtstradition folgt der britischen bis heute in dieser Auseinandersetzung. Folgerichtig wandten sich die Briten gegen das Wort *federal* als Inbegriff einer zentralen starken Regierungsmacht in Brüssel. Also nahm man viele Wörter zu Hilfe, um das Gleiche auszudrücken, und so heißt es jetzt: „Dieser Vertrag stellt eine neue Stufe bei der Verwirklichung einer immer engeren Union zwischen den Völkern Europas dar, in der die Entscheidungen möglichst nahe bei den Bürgern getroffen werden.“ Dieser lange Satz bewahrte die Briten davor, semantisch den Begriff *federal* umdeuten zu müssen, und gibt den Deutschen die Genugtuung, daß das Wort *Bürgernähe* nun neu in die Begriffswelt unserer Nachbarvölkern eingeführt wird.

Ein drittes Beispiel gibt eine Anekdote über die unterschiedlichen Auffassungen von einem Wort wieder, das die eine Sprache als verbindlich und die andere als interpretationsfähig bezeichnet: Ein hochgestellter britischer Diplomat erzählte an dem Tag, als sein Premierminister die Beitrittsakte unterzeichnete: „1952, bei der Gründung der Montanunion, sagte uns Monnet, daß jeder Mitgliedstaat im Prinzip etwas Souveränität abgeben müsse. Wir fuhren damals nach Hause und sahen in der Encyclopaedia Britannica nach, was *in principle* heißt. Daraufhin traten wir nicht bei. Hätten wir stattdessen im Larousse nachgeschlagen, was *en principe* heißt, wäre uns die Fehlentscheidung nicht unterlaufen. Wir wären schon damals beigetreten.“

* * *

Zum Schluß noch ein Blick auf meine dritte Bewußtseinsebene: ich bin ein europäischer Beamter und infolgedessen zur Kompromißbereitschaft programmiert.

Das älteste Gesetz der EG aus grauer Vorzeit ist die Verordnung Nr. 1. Darauf geht zurück, daß es heute 9 Amtssprachen gibt. Das beruhigt. 1.093 Übersetzer, darunter 160 Deutsche, übersetzten 1991 fast 1 Mio. Seiten in der Kommission und sorgten dafür, daß die Gesetze in neun Sprachen veröffentlicht werden und daß der Bürger, der sich an die Kommission wendet, eine Antwort in seiner Sprache erhält. Bevor die Beitrittsverhandlungen mit Schweden beginnen werden, läuft schon vorher ein neues Arbeitsprogramm des Übersetzungsdienstes an: Die Grundverträge und 45.000 Seiten Folgerecht müssen ins Schwedische übersetzt werden.

Vor mir liegt ein Brief des niederländischen Botschafters. Er hat auf Englisch geschrieben. Ich werde meine Antwort ins Niederländische übersetzen lassen, und er wird dann eben 2 Tage länger warten müssen, aber ich kann mich nicht für die Verwendung der deutschen Sprache einsetzen, wenn ich nicht gleichzeitig die Anweisung zur Nichtdiskriminierung der Verordnung Nr. 1 strikt befolge. Jeder Bürger hat das Recht, mit den EG-Behörden in seiner Muttersprache zu kommunizieren. In regelmäßigen Abständen weist der Generalsekretär alle Beamte auf ihre Pflicht hin. Es ist ein Regelverstoß, wenn ein Beamter im Amtsblatt abdrucken läßt, „Anträge würden schneller bearbeitet werden, wenn eine Übersetzung in Englisch beigefügt würde“ .

Knapp 3.000 Dolmetscher, darunter 570 bei der Kommission beamtete, sind täglich im Einsatz. Damit die notwendigen Sprachkombinationen angeboten werden können, wenn die Experten, Wissenschaftler, Beamten und Politiker zu ihren Sitzungen nach Brüssel oder Straßburg anreisen, steuert ein Computer den Einsatz der Dolmetscher. Wer nicht in einer Fremdsprache verhandeln kann, weil er sich nicht ganz sicher fühlt oder zuviel auf dem Spiel steht, sollte einen Dolmetscher verlangen. Der zu einer Sitzung Eingeladene sollte – möglichst schriftlich – vorher um einen Dolmetscher bitten.

Nun sind wir beim Punkt. Es geht um die Bitte. Franzosen und Briten brauchen nicht zu bitten, weil immer in ihren Sprachen verhandelt wird. Einige Deutsche meinen, Deutsch müsse so selbstverständlich angeboten werden wie Französisch und Englisch. Wenn sie das meinen, könnten sie es auch durchsetzen, denn die Gemeinschaftsorgane sind lernfähig und zahlen höchst unwillig die Sitzungsgelder für eine Sitzung, die nicht stattfindet, weil eine Delegation wegen fehlender Dolmetscher den Abbruch

erzwingt. Das Recht steht auf ihrer Seite. Übrigens kostet ein neunsprachiges Sitzungspalaver 25.000,- DM pro Tag. Andere Deutsche meinen, ihre Fachsprache sei ohnehin das Englische, was billiger und verständlicher wäre. Wieder steht Effizienz gegen Identität. Nicht zu verwechseln mit den neun Amtssprachen für den externen Verkehr sind drei Arbeitssprachen für die tägliche Arbeit innerhalb der Behörden reserviert. Obwohl Deutsch theoretisch eine der Arbeitssprachen ist, soll sie nun in der Praxis gleichberechtigt durchgesetzt werden. Hierfür gibt es kein Gesetz, sondern eine interne Geschäftsordnung und Dienstvorschriften, die allerdings mit größter Flexibilität gehandhabt werden. Französisch hatte immer die Nase vorn, gefolgt vom Englischen. Deutsch liegt auf dem dritten Platz und für Bonn war das die ersten Jahrzehnte kein Thema. Die öffentliche Meinung in Deutschland macht erst jetzt daraus ein Problem. Die Presse kümmert sich darum, wie EG-Beamte miteinander reden.

Wenn es wirklich ernst wird, stellen sich zwei Minister in eine Ecke und radebrechen in irgendeiner Sprache miteinander. Oder die 12 Botschafter setzen sich ohne ihren Stab um einen Tisch und sprechen miteinander Französisch. Oder die Sherpas der Regierungschefs in der G7-Gruppe verhandeln in London einschließlich ihrer sowjetischen Gäste auf Englisch.

Normalerweise sollten in der EG-Kommission die Dokumente in den drei Arbeitssprachen Französisch, Englisch und Deutsch vorliegen, was den Spaniern mit ihrer Weltsprache ein ständiger Dorn im Fleisch ist. Noch wagen sie nicht, systematisch dagegen aufzubegehren. Denn sie fürchten in ihrem Rücken die Katalanen, die von Madrid verlangen könnten, Katalanisch in die Liste der Amtssprachen der Gemeinschaft aufnehmen zu lassen. Immerhin sprechen mehr Europäer Katalanisch als Dänisch, Norwegisch oder Kroatisch. Im Normalfall kommt das deutsche Dokument später als das Original. Meistens kommt es sogar zu spät. Handelt es sich bei der Vorlage um einen Gesetzesentwurf, leuchtet bei mir eine Warnlampe auf. Der deutsche Kommissar und Jurist Peter Schmidhuber hat verantwortlich darüber zu entscheiden. Also muß er den Text in seiner Muttersprache prüfen können oder ich muß den Punkt von der Tagesordnung der Kommission absetzen lassen, wenn der Text nicht in Deutsch vorliegt. Bei weniger wichtigen Texten als bei Gesetzesentwürfen entscheidet oft die politische Aktualität über den Zwang zur schnellen Reaktion, so daß sprachliche Erwägungen in den Hintergrund treten müssen.

* * *

Ich hoffe, ich habe mit dieser Schilderung etwas von der kommunikativen Befindlichkeit in einer mehrsprachigen Umwelt vermitteln können. Beispielfähig möchte ich jetzt nur noch ein Gespräch wiedergeben, das ich neulich mit einem hohen luxemburgischen Diplomaten führte. Er provozierte mich mit der Frage:

„Welcher linguistische Fundamentalismus treibt plötzlich die Deutschen um? Wissen die, was sie tun?“

Ich antwortete: „Der Bundeskanzler hat in dieser Frage jetzt keinen Brief an den Kommissionspräsidenten geschrieben, wenn Du das meinst. Die Meldung war eine britische Zeitungssente.“ Mein Luxemburger Freund unterbrach mich: „Aber der deutsche Industrieverband soll protestiert haben! Warum?“

„Die Kommission muß alle öffentlichen Ausschreibungen übersetzen und im Amtsblatt veröffentlichen. Das sind 240.000 im Jahr. Weil die deutschen Unternehmer nicht so frühzeitig wie die französischen oder britischen Unternehmer die Unterlagen für diese Ausschreibung erhalten, entstehen ihnen dadurch Wettbewerbsnachteile.“

„Also haben die Deutschen doch absolut Recht! Dann müßt ihr eben dafür sorgen, daß das Amtsblatt gleichzeitig in allen Sprachen herauskommt.“

Meine Antwort: „Das tun wir. Aber die Lobby besorgt sich oft die Dokumente schon vor ihrer Veröffentlichung, wenn sie noch als interner Entwurf nur auf Französisch oder Englisch vorliegen. Dadurch erhalten die interessierten französischen Unternehmen einen gewissen Zeitvorsprung. Das ist für alle anderen Unternehmen natürlich ein Wettbewerbsnachteil, unter dem besonders die kleinen und mittleren Unternehmen zu leiden haben.“

Nachdenklich meinte mein Luxemburger Freund: „Selbst Maggie Thatcher hat wegen des Durchsetzens der englischen Sprache nie gemeckert. Wenn sich die Deutschen genau so klug verhalten würden und der normativen Kraft des Faktischen vertrauen könnten, dann wird sich Deutsch ganz von allein durchsetzen. Wenn erst einmal die Europäische Gemeinschaft durch die Österreicher, Schweden, Schweizer, Slowenen usw. erweitert sein wird, werden auch die Flamen Deutsch als ihre Zweitsprache entdecken und es wird ein viel größerer Teil von europäischen Beamten Deutsch sprechen. Aber wenn ich mir vorstelle, daß es in ein paar Jahren vier oder fünf gleichberechtigte Arbeitssprachen geben wird, denn die stolzen Spanier müssen natürlich nachziehen, dann bricht doch hier

das Chaos aus und die Arbeit des Turmbaus zu Babel wird ein zweites Mal eingestellt."

Soweit mein Luxemburger Freund. Auch ich sehe nur einen Weg in den Irrgarten hinein und keinen Ausweg heraus. Wenn einmal ein echtes Sprachenchaos die Arbeit der EG-Organen lähmen würde, und schließlich eine einzige Arbeitssprache als Ausweg übrig bliebe, da bin ich mir nicht so sicher, ob ich das will. Diese eine übrigbleibende Weltsprache gibt es schon: Sie hat sich im Handel, Verkehr, in der Wissenschaft und beim Militär längst durchgesetzt. Nur, mir ist ein bißchen Chaos lieber, weil drei Arbeitssprachen ohne feste Ordnung nebeneinander einen größeren Freiheitsraum darstellen als eine. Effizienter wäre eine Arbeitssprache, aber ist Effizienz das wichtigste Kriterium für eine Gemeinschaft? Und zweitens: Sollten die 12 Regierungen und die Öffentlichkeit es nicht der Kommission überlassen, wie sie am besten ihre interne Arbeit organisiert, vorausgesetzt, sie hält sich bei ihren Kontakten nach außen penibel an die Regel der neun Amtssprachen?

Vielleicht kommt alles auch ganz anders. Die großen Änderungen in der Geschichte kommen ohnehin auf leisen Sohlen. Wir sollten alles tun, was in unserer Macht steht, damit unsere Enkel sich besser miteinander verständigen können. Was können wir tun, damit unsere Enkel quer durch Europa eine gemeinsame Zweitsprache sprechen? Und was tun wir, damit die Enkel unserer Nachbarn Deutsch lernen können?

Hier liegt noch ein von der Kulturpolitik der Länder weitgehend unbeackertes Feld, das Früchte tragen könnte, wenn der nicht-deutsche EGNachwuchs verstärkt dazu angeregt werden würde, einen Sprachenaufenthalt in einem deutschen Land in seine Karriereplanung einzubeziehen.